

## **Menschenrechte schützen – Konzernklagen stoppen**

### **Hintergründe zur EU-weiten Kampagne**

Täglich werden weltweit Menschenrechte verletzt, die Gesundheit der Bevölkerung wird bedroht, die Umwelt verschmutzt oder Arbeitnehmerrechte eingeschränkt. Häufig stehen diese Verstöße im Zusammenhang mit den Geschäftstätigkeiten von Konzernen: Minen werden ausgebeutet, Staudämme gebaut, Mülldeponien in Betrieb genommen. Dabei zahlen Menschen und Umwelt oft einen hohen Preis für die Profite der Konzerne.



### **Warum ist das so?**

#### **Sonderrechte für Konzerne, fehlende Durchsetzung von Menschenrechten**

Die Rechte von Menschen und diejenigen von Konzernen haben einen unterschiedlichen Stellenwert. Handels- und Investitionsabkommen verleihen international tätigen Konzernen und Investoren weitreichende Sonderrechte und ermöglichen den Zugang zu speziellen Schiedsgerichten, um diese Rechte durchzusetzen. Das so genannte ISDS-System (Investor State Dispute Settlement) erlaubt international tätigen Konzernen, Staaten außerhalb nationaler Gerichte anzugreifen, wann immer sie Gesetze erlassen, die ihre Gewinne beeinträchtigen könnten. Dieser Mechanismus bedroht die demokratische Entscheidungsfindung, die Rechtsstaatlichkeit, die Menschenrechte, die Umwelt, sowie die Rechte von VerbraucherInnen und ArbeitnehmerInnen.

Diesen weitreichenden Sonderrechten für Konzerne mit ihrem effektiven Durchsetzungsmechanismus steht kein vergleichbarer Mechanismus zur Durchsetzung der Menschenrechte gegenüber. Es gibt keinen verbindlichen internationalen Mechanismus, um transnationale Konzerne zur Rechenschaft zu ziehen, wenn sie Menschenrechte verletzen oder die Umwelt schädigen; und nur wenige Staaten verpflichten Konzerne gesetzlich dazu, auch bei Auslandsgeschäften die Menschenrechte sowie Umwelt- und Sozialstandards zu achten. Opfer von Menschenrechtsverstößen durch Konzerne haben zudem häufig keinen Zugang zu Gerichten und damit keine Möglichkeit, ihre Rechte einzuklagen und Entschädigungen zu erhalten.

#### **Beispiel: Ein Ölkonzern entzieht sich jeglicher Verantwortung**

Nach jahrzehntelanger intensiver Erdölförderung in Ecuador wurde der Ölkonzern Chevron dazu verurteilt, eine Milliarden-Zahlung an die ansässigen Gemeinden für die Beseitigung der entstandenen Umweltschäden im Amazonasgebiet zu leisten. Um diese Zahlung zu umgehen, hatte Chevron bereits 2009 auf Grundlage eines Investitionsabkommens zwischen Ecuador und den USA eine Schiedsgerichtsklage gegen Ecuador eingereicht.<sup>i</sup>

Ausführlicher Hintergrund: Der später mit Chevron fusionierte Konzern Texaco hatte zwischen 1964 und 1991 nach eigenen Angaben rund 1,7 Milliarden Barrel Öl in Ecuador gefördert. Die bei der Ölförderung entstandenen giftigen Abwässer wurden dabei direkt in Flüsse und Bäche gepumpt. Unter der Verschmutzung leiden nicht nur Flora und Fauna, sondern auch die Gemeinden der rund 30.000 AmazonasbewohnerInnen, einschließlich der gesamten Bevölkerung von sechs indigenen Gruppen. Flüsse und Bäche stellen ihren Lebensmittelpunkt dar und dienen als Jagdgebiet, zur Trinkwasserversorgung oder für die Bewässerung der Landwirtschaft. Diese Aktivitäten sind durch die Verseuchung des Flusswassers unmöglich geworden, die Gesundheit der AnwohnerInnen wurde gefährdet. Bis heute sind hunderte ihren Erkrankungen erlegen und die Krebsrate ist überdurchschnittlich hoch.<sup>ii</sup> Zudem ist die Region mit Erdöl und giftigen Schwermetallen belastet, gesetzliche Grenzwerte werden um ein Vielfaches überstiegen. Die lokalen Gemeinden versuchten schon früh, sich gegen die Umweltverschmutzung zu wehren und klagten auf verschiedenen Wegen auf Entschädigung. Nach zwei Jahrzehnten andauernder Gerichtsverfahren auf verschiedenen Ebenen wurde Chevron 2018 vom ecuadorianischen Verfassungsgericht zur Zahlung von 9,5 Milliarden US-Dollar verurteilt, um das kontaminierte Gebiet zu säubern und die Gesundheitsversorgung der Gemeinden sicherzustellen.<sup>iii</sup>



Um der Zahlung zu entgehen, strengte Chevron seinerseits eine Konzernklage an und bezog sich dabei auf Rechte aus dem bilateralen Investitionsabkommen zwischen Ecuador und den USA. Der Konzern argumentierte, dass ihm die Forderungen Ecuadors Unrecht zufügen würden und ihm eine faire und gerechte Behandlung verwehrt bleibe. Die Verurteilung zu einer Strafzahlung, um das kontaminierte Gebiet zu säubern und die Gesundheitsversorgung der Gemeinden sicherzustellen, sei nicht zuletzt ein Missbrauch des Rechtssystems und somit zutiefst unfaires Verhalten gegenüber Chevron.<sup>iv</sup> Die im September 2018 veröffentlichte Entscheidung des Tribunals gibt dem Konzern Recht und spricht ihn somit von jeglicher Verantwortung frei. Das Schiedsgericht untergräbt damit die Entscheidungshoheit der ecuadorianischen Gerichte und delegitimiert die Forderungen der Betroffenen sowie der betroffenen Gemeinden, die seit über 20 Jahren um ihr Recht kämpfen. Zudem soll Ecuador für den im Rahmen des Rechtsstreits entstandenen Schaden des Konzerns aufkommen – Kosten, deren Höhe noch nicht bekannt ist.

Dieser Fall ist nur ein Beispiel dafür, wie Konzerne sich durch Konzernklagen systematisch versuchen aus der Verantwortung zu ziehen, und häufig damit Erfolg haben. Der Fall zeigt: Das System ermöglicht es Konzernen, sich aus der Verantwortung zu ziehen. Obwohl Chevron ein US-amerikanischer Konzern ist, wurden die Klagen der Betroffenen über die Menschenrechtsverletzungen im Ausland von US-amerikanischen Gerichten zurückgewiesen.<sup>v</sup> Das ist eine Lücke, die weltweit geschlossen werden muss: Wir fordern, dass Staaten Konzerne gesetzlich verpflichten müssen, in Auslandsgeschäften und in ihren Wertschöpfungsketten die Menschenrechte sowie Umwelt- und Sozialstandards zu achten.

## **Gegen Sonderklagerechte und für weltweite Unternehmensverantwortung**

Ecuador hat aus dem Fall Konsequenzen gezogen und kündigte eine Vielzahl seiner bilateralen Verträge mit ISDS. Außerdem wurde 2008 ein Artikel in die Verfassung aufgenommen, der es untersagt, Verträge einzugehen, in denen die staatliche Souveränität an internationale Schiedsgerichte übertragen werden muss. Ecuador setzt sich zudem bei den Vereinten Nationen für ein UN-Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte (UN Binding Treaty) ein, das Konzerne für Menschenrechtsverstöße zur Rechenschaft zieht und damit ihre Straflosigkeit beendet.



---

i Vgl. Datenbank der UNCTAD: <http://investmentpolicyhub.unctad.org/Download/TreatyFile/1065>

ii Vgl. WWF Deutschland: Profit um jeden Preis. Die ökologischen und sozialen Folgen der Ölförderung in fünf Naturregionen, online verfügbar unter: <https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF-Hintergrundinformation-Profit-um-jeden-Preis-Oelfoerderung-in-Naturregionen.pdf>

iii Siehe Seite der Kampagne: <https://chevrontoxico.com/>

iv Vgl. Chevron Corporation and Texaco Petroleum Company: Claimants' Notice of Arbitration, S. 15 ff, online verfügbar unter: [https://www.italaw.com/sites/default/files/case-documents/ita0155\\_0.pdf](https://www.italaw.com/sites/default/files/case-documents/ita0155_0.pdf)

v Für weitere Informationen siehe: <https://www.business-humanrights.org/en/texacochvron-lawsuits-re-ecuador>